



**Baden.  
Berlin.  
Verbinden.**

**Wie geht's weiter mit der SPD?**  
- Seite 1

**Krisengespräch mit der Deutschen Post** - Seite 1

**Neues Wahlkreisbüro eröffnet**  
- Seite 2

**Besuch im Ludwig-Wilhelm  
Gymnasium** - Seite 2

**Nachtreffen der bildungspolitischen  
Fahrt nach Berlin**  
- Seite 2

**Bundespolitische Themen im  
Fokus** - Seite 3

**Eine Delegationsreise und ihre  
Folgen** - Seite 4

**Wechsel im Berliner Büro**  
- Seite 5

**Unterhaltsvorschuss im  
Wahlkreis** - Seite 5

**Grüße zu den Sommerferien**  
- Seite 5

Liebe Leserinnen und Leser,

der Sommer hat schon seit einiger Zeit Einzug gehalten. Die heißen Temperaturen lassen sich oftmals nur im Freibad oder aber zumindest an einem schattigen Plätzchen aushalten. Auch wenn wir uns natürlich über viele Sonnenstunden freuen, zeigt das aktuelle Wetter auch: der Juni war so heiß wie noch nie. Der Klimawandel ist kein abstraktes Phänomen. Seit Monaten gehen junge Menschen freitags auf die Straße, um die Politik auf das drängende Problem aufmerksam zu machen. Ich begrüße dieses Engagement. Deshalb freue ich mich, dass wir als SPD einen Standpunkt zur Klimapolitik haben, der die Erderwärmung als soziales Problem ernst nimmt. Wir haben verstanden, dass der steigende Meeresspiegel und die drohenden Naturkatastrophen vor allem ärmere Menschen betreffen werden. Auch hier setzen wir uns für sie ein.

In der neuen Ausgabe meines Newsletters informiere ich deshalb auch über Gespräche, die ich mit jungen Menschen zu diesem Thema geführt habe. Außerdem habe ich mich mit der Post getroffen, um das Zustellungsproblem zu thematisieren. Auch skizziere ich den Weg, den die SPD in den nächsten Monaten gehen wird, um eine neue Parteispitze zu finden. Ich wünsche Ihnen und Euch einen entspannten Sommer und erstmal viel Spaß bei der Lektüre.

Herzlich

Gabriele Katzmarek

## Wie geht's weiter mit der SPD?

Die SPD ist eine stolze Partei mit einer reichen Geschichte. Viele Errungenschaften, von denen heute noch Millionen von Menschen profitieren, gingen auf die Initiative engagierter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zurück. Doch haben die letzten Wochen uns eines gezeigt: nach dem Rücktritt unserer Partei- und Fraktionsvorsitzenden steht die deutsche Sozialdemokratie an einem Scheideweg. Wie wir uns jetzt verhalten entscheidet darüber, ob es die SPD in Zukunft in dieser Form noch geben wird.

Für mich ist ganz klar, mit der Auswechslung der Parteivorsitzenden ist es nicht getan. Viel zu oft hat uns die Vergangenheit gezeigt, dass ein Wechsel an der Spitze keine grundlegenden und tiefliegenden Probleme löst. Vielmehr müssen wir uns ein klares inhaltliches Profil geben. Wir müssen mutig sein. Dazu haben wir allen Grund: auch wenn die Regierungsbeteiligung umstritten war, wir haben viele Verbesserungen für die Menschen im Land erreicht. Nichts desto trotz müssen Fragen des Klimaschutzes, der Digitalisierung und auch der Migrationspolitik klar und deutlich beantwortet werden.

Diese Debatten müssen wir innerhalb der Partei führen, viel zu oft werden Positionen nach außen getragen, um Ideen im Keim zu ersticken. Das muss sich in Zukunft ändern.



Damit uns dies gelingen kann, haben wir uns gemeinsam ein transparentes Verfahren gegeben. Über 23.000 Mitglieder haben sich daran beteiligt, einen Prozess für die Wahl der neuen Parteispitze zu finden. Dabei finde ich gut, dass eine Doppelspitze ermöglicht wird. Zum ersten Mal in der Geschichte der Partei können sich Teams bestehend aus einem Mann und einer Frau für den Parteivorsitz bewerben. Die Doppelspitze ist somit kein Selbstzweck, sondern ermöglicht wahre Teamarbeit. Allen Unkenrufen zum Trotz haben bereits in den ersten Tagen erste ernstzunehmende Kandidaten ihren Hut in den Ring geworfen. Ich hoffe auf viele weitere und bin überzeugt davon, dass uns dieses Vorgehen neuen Schwung geben kann. Unsere Mitglieder werden ernst genommen. Auf den Wettbewerb der besten Ideen freue ich mich.

## Krisengespräch mit der Deutschen Post

Seit Sommer letzten Jahres reißen die Beschwerden bezüglich verspäteter oder nicht zugestellter Postsendungen in der Region Mittelbaden nicht ab. Deshalb habe ich zum Krisengespräch mit dem Regionalen Politikbeauftragten der Deutschen Post AG für Baden-Württemberg, Hubert Knecht, geladen. Ein Dutzend betroffene Bürgerinnen und Bürger waren meiner Einladung gefolgt, viele weitere hatten mir im Vorfeld ihre Beschwerden in Briefen, E-Mails und Anrufen mitgeteilt.



Hubert Knecht von der Deutschen Post und ich.

Hubert Knecht entschuldigte sich für die Personal- und die damit verbundenen Zustellprobleme im letzten Jahr und gab zu: „Wir hatten bundesweit massive Qualitätsprobleme.“

Ich habe folgende Forderung mit auf den Weg gegeben und erwarte, dass

- mehr Personal eingestellt wird,
- dieses Personal für die Arbeit in der Zustellung qualifiziert wird,
- ein Krisenmanagement mit „echten Menschen“ eingerichtet wird, an welches man sich bei Problemen wenden kann.

Ich erwarte spürbare Verbesserungen und werde bei diesem Thema nicht locker lassen.



Betroffene Bürgerinnen und Bürger hatten in meinem Wahlkreisbüro die Möglichkeit, direkt mit Herr Knecht zu sprechen.



## Neues Wahlkreisbüro eröffnet

Mit der Eröffnung meines neuen Wahlkreisbüros ist für mich ein lang gehegter Traum in Erfüllung gegangen. Das zentral in der Rastatter Fußgängerzone gelegene Büro kommt mit seiner einladenden Fensterfront meinem Wunsch entgegen, für die Menschen in der Region Mittelbaden gut sichtbar, gut erreichbar und gut ansprechbar zu sein.



Über den großen Zuspruch bei der Eröffnung des Wahlkreisbüros habe ich mich sehr gefreut!

Der Start ist jedenfalls gelungen. Zusammen mit meinem Team konnte ich zahlreiche Gäste aus Politik und Gesellschaft begrüßen. Mit dabei war auch Katja Mast, die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Sie war begeistert von dem attraktiven Standort für Dialog und politische Diskussion und sagte: „Wir Politikerinnen und Politiker müssen präsent sein, deshalb macht Gabriele mit ihrem Büro genau den richtigen Schritt.“

Unter den Gratulanten aus allen politischen Parteien waren Bürgermeister aus der Region Mittelbaden, Frauen- und Familienverbände, Kirchenvertreter, Gemeinderäte, Landrat Toni Huber sowie zahlreiche Genossinnen und Genossen.

Das Wahlkreisbüro ist täglich während der Bürozeiten geöffnet.



Mit meinem Team vor dem neuen Büro.

## Besuch im Ludwig-Wilhelm-Gymnasium

Ein herzliches Dankeschön an die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe des Ludwig-Wilhelm-Gymnasiums in Rastatt – für eine spannende Diskussion unter anderem über Rezos Youtube-Parteien-Kritik, Uploadfilter, die Chemie in der Großen Koalition, Fake-News, die Rückkehr der Wölfe in Mittelbaden und natürlich die Fridays for Future-Bewegung. Ich finde es toll, dass junge Menschen für ihre Überzeugungen demonstrieren. Viele politische Entscheidungen, zum Beispiel in der Gleichstellungs- und Umweltweltpolitik, wurden durch den „Druck der Straße“ beschleunigt. Ich stehe an Eurer Seite!



Viele spannende Diskussionen am LWG.

## Nachtreffen: Bildungspolitische Fahrt nach Berlin

Als Bundestagsabgeordnete darf ich dreimal im Jahr engagierte Menschen aus meinem Wahlkreis zu einer bildungspolitischen Fahrt nach Berlin einladen. Die letzte Besuchergruppe konnte ich im April im Reichstagsgebäude begrüßen. In einem knapp einstündigen Gespräch hatten wir die Möglichkeit einander kennenzulernen. Wie immer zu wenig Zeit um ausführlich ins Gespräch zu kommen. Deshalb hatte ich alle Interessierten in mein Wahlkreisbüro nach Rastatt eingeladen. In lockerer Atmosphäre sprachen wir über aktuelle bundespolitische Themen, aber auch über regionale kommunalpolitische Entscheidungen.



Berlinreisende im Wahlkreisbüro.

## Bundespolitische Themen im Fokus:

### Rechter Terror in Deutschland

Anfang Juni wurde der Kasseler Politiker Walter Lübcke auf der Terrasse seines Hauses erschossen. Mein Mitgefühl gilt seiner Familie. Der mutmaßliche Täter ist ein vorbestrafter Neonazi, der zeitweise vom Verfassungsschutz beobachtet wurde. Die Gewerkschaft der Polizei fordert, den Verfassungspatriotismus in den Sicherheitsbehörden zu stärken. Bundespräsident Steinmeier sieht die Demokratie in Gefahr. Ich finde, wir alle sollten uns zu den Werten des Grundgesetzes öffentlich und bei jeder Gelegenheit bekennen. Die Mehrheit der Menschen in Deutschland will friedlich zusammenleben, ohne Hetze und rechten Terror.

### Fachkräfteeinwanderungsgesetz endlich beschlossen

Was lange währt, wird endlich gut. Anfang Juni hat der Bundestag das Fachkräfteeinwanderungsgesetz für Deutschland beschlossen – ein Meilenstein in der Geschichte unseres Landes.



Deutschland braucht zusätzliche Fachkräfte in der Pflege, der Medizin, der IT oder im Handwerk. Unterstützungsangebote für Arbeitslose, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen haben weiterhin Priorität. Aber ohne Zuwanderung auch von außerhalb der EU wird Deutschland die Konsequenzen eines wachsenden Fachkräftemangels bald spüren. Die Bundesregierung rechnet mit 25.000 zusätzlichen Fachkräften.

### Debatte um Organspende im Deutschen Bundestag

Die Debatte um die Neuregelung der Organspende ist in vollem Gange, in der Weihnachtsausgabe habe ich darüber berichtet. In der letzten Sitzungswoche war das Thema erneut auf der Agenda.

Ich finde eine Neuregelung wichtig, denn noch immer sterben jährlich bundesweit rund 1000 Menschen, die auf ein Spenderorgan warten. Europaweit gehört Deutschland zu den Ländern mit den wenigsten Spendern. Ich habe in der Debatte den Antrag unterstützt, der die doppelte Widerspruchslösung vorsieht. Was heißt das?



Ein Organspendeausweis ist wichtig, doch um die Zahl der Spenderinnen und Spender zu erhöhen, muss das jetzige System reformiert werden.

Grundsätzlich soll jeder Bürger ab 18 Jahren entscheiden, ob er zur Organspende im Fall des eigenen Hirntods bereit ist. Eine „doppelte Widerspruchslösung“ soll dabei sicherstellen, dass niemand gegen den eigenen Willen zum Organspender wird. Bevor die Bürger sich in puncto Organspende entscheiden, werden sie umfangreich informiert. Später sollen sie ihre Entscheidung jederzeit revidieren können. Widerspricht man nicht oder trifft keine Entscheidung, wird man als Spender registriert. Vor einer Organentnahme soll der Arzt zusätzlich den nächsten Angehörigen fragen müssen, ob diesem ein schriftlicher Widerspruch oder ein der Entnahme entgegenstehender Wille bekannt ist.

Endgültig stimmen wir im Bundestag über die verschiedenen Vorschläge nach der Sommerpause ab – fraktionsoffen. Denn letztlich ist es eine Gewissensentscheidung.



## Eine Delegationsreise und ihre Folgen...

Im Frühjahr habe ich als stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Südasiatischen Parlamentariergruppe mit einer Delegation des Bundestages Bangladesch und Nepal besucht.

In Bangladesch haben wir uns unter anderem mit Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft getroffen, um über Menschenrechte und die Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken zu sprechen. Bedrückend waren die Lebensumstände, bewundernswert die Arbeit der vielen Helferinnen und Helfer beim Besuch im weltweit größten Flüchtlingslager Cox's Bazar in Bangladesch. Insgesamt leben hier fast eine Million Flüchtlinge, Rohingya aus Myanmar.



Das Flüchtlingslager Cox's Bazar in Bangladesch.

Der zweite Teil der Reise ging nach Nepal, wo bei Gesprächen mit Opferverbänden und Menschenrechtsgruppen deutlich wurde: Menschenrechte sind das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben stehen, wenn sie nicht eingehalten werden.

Zurück in Deutschland ist die Reise nicht ohne Folgen geblieben. Zu Gast im Bundestag war eine Gruppe nepalesischer Juristinnen, um mit mir über die politische Situation und insbesondere über die Lage der Frauenrechte in Nepal zu sprechen.



Mit den nepalesischen Juristinnen im Bundestag.

Über das Wiedersehen mit einem weiteren Gast aus Nepal habe ich mich sehr gefreut: Lenin Bista, ein ehemaligen Kindersoldat.

Er war unterwegs in Europa, um in vielen Gesprächen auf die Situation der ehemaligen nepalesischen Kindersoldaten aufmerksam zu machen und für ihre Rehabilitation zu kämpfen. Bis heute bekommen die rund 3000, oft traumatisierten Kinder keine Hilfe von offizieller Seite. Ich unterstütze Lenin und seine Forderungen. Wir haben vereinbart, auch weiter in Kontakt zu bleiben.



Mit Lenin (dritter von rechts) und seinen nepalesischen Begleitern.

Anfang Juni war ich im Einsatz für Plan International beim VELUX EHF FINAL4 2019 in Köln, einem jährlichen Highlight des internationalen Handball-Sports.

Als Charity-Partner der Veranstaltung war Plan International mit einem Stand vor Ort, um über die Arbeit der Organisation zu informieren sowie weitere Unterstützerinnen und Unterstützer zu gewinnen. Unter anderem ist Plan International im Flüchtlingslager Cox's Bazar in Bangladesch aktiv. Gerne habe ich dem Plan-Team geholfen und für ihre Arbeit geworben. Es hat großen Spaß gemacht. Und: ich habe eine finanzielle Patenschaft für ein Mädchenprojekt von Plan International übernommen.

Wer sich über Plan International informieren möchte, schaut einfach auf der Homepage vorbei: <https://www.plan.de/>



Im Einsatz für Plan International.

## Wechsel im Berliner Büro

Mit einem weinenden und lachenden Auge gibt es zur Sommerpause einen Wechsel in meinem Team im Bundestagsbüro in Berlin: Weinend, weil Nathalie Nieding und Nils Binder, die mich über fünf Jahre unterstützt haben, neue berufliche Herausforderungen außerhalb des Bundestags suchen. Nathalie und Nils waren stets zwei zuverlässige Stützen, die mir das Leben in Berlin immer erleichtert haben. Ich hatte die beiden gerne in meinem Team und wünsche ihnen auch auf diesem Weg für ihren beruflichen Werdegang alles Gute.



Ab Juli ist Merlin Bähr Mitglied meines Berliner Teams.

Ein Auge lacht aber, weil mit Merlin Bähr und Fabian Hemker zwei kompetente und engagierte Kollegen die Arbeit nahtlos weiterführen werden. Ich freue mich schon auf die Zusammenarbeit und spannende neue Impulse. Herzlich Willkommen den beiden!



Fabian Hemker ist seit Juni Mitglied des Teams in Berlin.

## Unterhaltsvorschuss im Wahlkreis

Kinder von Alleinerziehenden, die vom zweiten Elternteil (meist Väter) keinen Unterhalt bekommen, erhalten vom Staat einen Unterhaltsvorschuss. Damit soll sichergestellt werden, dass Kinder nicht die Leidtragenden sind, falls ein Elternteil keinen Unterhalt zahlen kann oder will.



Dank der Gesetzesänderung des SPD-geführten Familienministeriums zum 1. Juli 2017 erhalten Kinder bis zum 18. Lebensjahr – statt bisher bis zum 12. Lebensjahr – Unterstützung. Im Landkreis Rastatt hat sich damit die Zahl der Anträge von 894 Fällen in 2016 auf 1.646 Fälle in 2018 fast verdoppelt. Allein die Erhöhung der Bezugsberechtigten in unserem Landkreis zeigt: ein gutes und notwendiges Gesetz der SPD greift und unterstützt Alleinerziehende.

## Grüße zu den Sommerferien

Liebe Leserinnen und Leser, die Sommerferien stehen vor der Tür. Die Zeugnisse werden verteilt, die letzten Projekte fertiggestellt und es wächst die Urlaubsvorfreude. Egal ob es in die weite Ferne geht, oder ob man es sich zu Hause gutgehen lässt, ich wünsche Ihnen und Euch angenehme Sommerferien. Nach der ersten Jahreshälfte ist Zeit, durchzuatmen und neue Energie zu schöpfen.

Auch der Deutsche Bundestag verabschiedet sich in die Sommerpause, nachdem wir wichtige Vorhaben wie das Einwanderungsgesetz beschlossen haben. Doch es geht für mich noch nicht ganz in die Sommerferien, es stehen noch einige Termine im Wahlkreis an. Auf diese spannenden Begegnungen freue ich mich.

Ganz herzlich,

Gabriele Katzmarek